Eidgenössischer Kompromiss

Autor(en): **Jenni, Peter**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz**

Band (Jahr): **85 (2010)**

Heft 5

PDF erstellt am: **24.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-715910

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Eidgenössischer Kompromiss

Der Bundesrat hat am 14. April 2010 den Entwurf des neuen Sicherheitspolitischen Berichts verabschiedet und in eine Anhörung geschickt. Das Papier bringt einen guteidgenössischen Kompromiss.

OBERSTLT PETER JENNI, MURI BEI BERN

Die Landesregierung hat das VBS gleichzeitig beauftragt, einen Entwurf zu einem Armeebericht und ein erweitertes Aussprachepapier zum Tiger-Teilersatz vorzulegen.

Der letzte Bericht über die Sicherheitspolitik der Schweiz stammt aus dem Jahr 1999. Seither hat es Ereignisse gegeben, an die zuvor niemand gedacht hat, wie zum Beispiel die zahlreichen Terroranschläge in den USA, Grossbritannien und Spanien sowie die Kriege im Irak, in Afghanistan und Georgien.

Mit der Ausarbeitung des Berichtes wurde im Jahr 2008 begonnen. Ein Jahr später wurde auf Veranlassung von Bundesrat Ueli Maurer die Anhörung bei 45 Parteien, Organisationen und Experten durchgeführt. Schliesslich forderte der Bundesrat am 17. Juni 2009 das VBS auf, zusammen mit den Kantonen den Bericht zu erarbeiten.

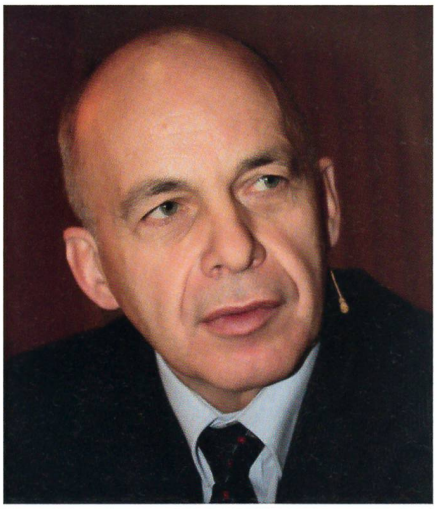
Die Lage der Schweiz

Am 21. Oktober 2009 beschloss er, dass die Eckwerte für die künftige Stossrichtung und die grundsätzliche Ausgestaltung von drei Elementen des Berichts (Sicherheitsverbund Schweiz, Auslandengagement der Armee und Weiterentwicklung der Armee) unter Einbezug aller betroffenen Departemente ausführlicher dargelegt werden sollen.

Basierend auf dem Sicherheitspolitischen Bericht wird nun im VBS ein sogenannter Armeebericht erstellt. Darin soll aufgezeigt werden, wie die Armee mit den Veränderungen in Demografie, Gesellschaft und Finanzlage umzugehen gedenkt.

Beide Berichte sollen im Herbst in den Räten behandelt werden. Wie zu erfahren war, hat der Bundesrat die Absicht des VBS, dass das Parlament zwölf wichtige Punkte des Sicherheitspolitischen Berichts nicht nur zur Kenntnis nimmt, sondern dazu einen Bundesbeschluss fällt, abgelehnt.

Der neue Bericht beschreibt die sicherheitspolitischen Entwicklungen der letzten zehn Jahre und analysiert das Umfeld der Schweiz. Es wird dargelegt, welche Akzentverschiebungen stattgefunden haben; gleichzeitig wird festgestellt, dass sich die Bedrohungslage für die Schweiz nicht fundamental geändert hat. Die bisherige sicherheitspolitische Strategie wird in ihrem Kern als richtig erachtet und soll weitergeführt werden.



Bundesrat Ueli Maurer: «Kompromiss».

Sicherheitsverbund Schweiz

Der Bericht bildet nicht nur die Sicherheitspolitik des Bundes ab, sondern auch jene der Kantone und Gemeinden. Die sicherheitspolitische Kooperation des Bundes mit den Kantonen und Gemeinden soll verbessert, intensiviert und unter der Bezeichnung «Sicherheitsverbund Schweiz» institutionalisiert werden.

Bundesrat Ueli Maurer will, in Übereinstimmung mit den Beteiligten, die Instrumente koordinieren. Die Armee solle dabei immer subsidiär zum Einsatz kommen. Der vorliegende Bericht sei im Übrigen in enger Zusammenarbeit mit den Kantonen erarbeitet worden. Sie alle stünden hinter dem Inhalt des Dokumentes. In Zukunft werde man nicht darum herumkommen, dieses Zusammenwirken zu trainieren. Für 2014 sei eine erste Übung vorgesehen.

Für den Bundesrat und den Vorsteher des VBS ist die Armee im «Sicherheitsverbund Schweiz» immer noch das wichtigste Instrument in den Händen des Bundes. Die Armee müsse auch in Zukunft in der Lage sein, einen terrestrischen Angreifer mit Erfolg zu bekämpfen.

Stossrichtung

Der Bericht bestätigt die bereits eingeschlagene Stossrichtung bei der Weiterentwicklung der Armee. Es geht um die Verlagerung auf subsidiäre Einsätze zur Unterstützung der zivilen Behörden. Auf den Begriff der Raumsicherung, der für Unklarheit bei den Kantonen führte, soll verzichtet werden.

Zur militärischen Friedensförderung hält der Bericht fest, dass die Schweiz ihr Auslandengagement erhöhen soll. Gemäss Bundesrat Ueli Maurer wird dabei unter anderem an das Zur-Verfügung-Stellen von Transportmitteln in der Luft und am Boden sowie an Mittel der Logistik gedacht. Allerdings sollen derartige Einsätze immer im Rahmen von friedensfördernden UNO- und OSZE-Mandaten erfolgen.

Damit der ursprüngliche Zeitplan eingehalten werden kann, will der Bundesrat im Juni dieses Jahres die Berichte verabschieden und dem Parlament zuleiten. Dieses wird sich ab Herbst 2010 damit beschäftigen.

Tiger-Teilersatz

Bundesrat Ueli Maurer betonte an der Medienkonferenz, dass er die Beschaffung des Tiger-Teilersatzes als dringend erachte. Das technische Verfahren sei zwar abgeschlossen, allerdings fehlten die finanziellen Mittel.

Im März 2010 habe sich der Bundesrat erstmals mit dem Geschäft befasst. Die weitere Behandlung finde zusammen mit den beiden genannten Berichten im kommenden Juni statt. Mit einem Entscheid sei im Herbst 2010 zu rechnen.